

Kriterien für die Feststellung der Notzeit i.S.d. § 18 Abs. 1 Landesjagdgesetz (Fütterung des Wildes); Auswirkungen auf die Jagdausübung

Satz 1 des § 18 Abs. 1 Landesjagdgesetz (LJagdG) verbietet die

1. Fütterung von Schalenwild und
2. Fütterung von Wild in und an Gewässern.

Satz 2 macht folgende Ausnahmen:

Die Jagdbehörde kann bei:

- A) **witterungsbedingtem** Nahrungsmangel (Notzeit) oder
- B) **katastrophenbedingtem** Nahrungsmangel (Notzeit)

Ausnahmen zulassen.

A) Als Beispielsaufzählungen für witterungsbedingten Nahrungsmangel (Notzeit) werden angeführt:

1. lang andauernde vereiste Schneelage
2. lang andauernde hohe Schneelage
3. lang andauernde Frostperioden.

B) Als Beispielsaufzählung für katastrophenbedingten Nahrungsmangel (Notzeit) wird angeführt:

- **ausgedehnte Waldbrände**

Allen Überlegungen zur Feststellung der Notzeit hat die Beantwortung folgender Fragen vorweg zu gehen:

„Welche Nahrungsgrundlagen standen dem Wild bis zum Frühwinter zur Verfügung (u. a. Mastjahr)? Mit welcher Kondition ging das Wild in den Winter?“

A)1. Kriterien für das Vorliegen einer „lang andauernden vereisten Schneelage“

- Harte und starke Hartschneedecke
- Flächendeckende Vereisung (auch ohne Schneeüberdeckung)
- Lang andauernd bedeutet „über mehrere Wochen ununterbrochen“

2. Kriterien für das Vorliegen einer „lang andauernden hohen Schneelage“

- Flächendeckend vorhandene Schneelage über 30 cm Höhe
- Großflächige, tiefe Schneeverwehungen zwischen Einständen und Äsungsflächen

3. Kriterien für das Vorliegen einer „lang andauernden Frostperiode“

- Die Temperaturen befinden sich über mehrere Wochen ununterbrochen unter -10°C
- Stillgewässer sind zugefroren, Fließgewässer nahezu

B) Kriterien für das Vorliegen von „katastrophenbedingtem Nahrungsmangel“

- Großflächige lang andauernde Überschwemmungen (u. a. auch mit nachfolgender Schlammbedeckung)
- Großflächige Waldbrände
- Großflächige lang andauernde Dürreperioden

Konsequenzen bei Feststellung der Notzeit und Aufhebung des Fütterungsverbotes → **Fütterungsgebot** (Jagdschutzverpflichtung!):
Keine Jagdausübung!

Verstöße gegen diese Grundsätze:

- Bei Durchführung von Bewegungsjagden – schwerer Verstoß gegen die allgemein anerkannten Grundsätze deutscher Weidgerechtigkeit – Versagung des Jagdscheins! (§ 17 Abs. 2 Nr. 4 BJG)
- Bei Durchführung von Einzeljagden – Verstoß gegen die allgemein anerkannte Grundsätze der deutschen Weidgerechtigkeit – im Wiederholungsfalle – Versagung des Jagdscheins (§ 17 Abs. 2 Nr. 4 BJG)